

Geschichte und Kultur als Einflussfaktoren auf die Transformation in Russland und Osteuropa

Prof. Dr. Piotr Pysz

Hochschule für Finanzen und Management in Białystok

1. Einleitung

Im Rahmen des vorliegenden Beitrags wird der Einfluss von Geschichte und Wirtschaftskultur auf die ökonomischen Denk- und Verhaltensstrukturen und durch ihre Vermittlung auf die marktwirtschaftliche Transformation in Russland sowie in anderen osteuropäischen Ländern diskutiert. Russland hat sich seit vielen Jahrhunderten vor allem durch Nachahmung entwickelt. Im Prozess der „imitativen Entwicklung“ war das Land darauf angewiesen, westliche Denkströmungen zu adaptieren, denn von den östlichen Nachbarn aus China und der Mongolei kam im 19. und 20. Jahrhundert wenig an zündenden Ideen. Zugleich war jedoch Russland von den westlichen Impulsgebern nicht nur geographisch, sondern auch in verschiedenen anderen Hinsichten getrennt.

Als ich in der zweiten Hälfte der neunziger Jahre öfter in Russland weilte und dort Vorträge hielt, habe ich immer wieder den Unterschied zwischen der Einführung des radikalen Balcerowicz-Programms der marktwirtschaftlichen Transformation in Polen und der anders gearteten russischen Transformation betont. Das Konzept von Leszek Balcerowicz wird oft als Schocktherapie bezeichnet. Die Umsetzung seiner wirtschaftspolitischen Ideen hatte zu einer relativ kurzen Transformationskrise geführt, und nach etwa zweieinhalb Jahren begann im Jahr 1992 das bis in die Gegenwart anhaltende Wirtschafts- und Einkommenswachstum. Polen hat es geschafft, wenn man die Wachstumsraten seit dem letzten Vortransformationsjahr 1989 bis 2009 hoch rechnet, die höchste kumulierte Wirtschaftswachstumsrate von allen mittel- und osteuropäischen Ländern zu erreichen. Auch im weltweiten Krisenjahr 2009 konnte man als einziges EU-Land ein Wachstum des Bruttoinlandsprodukts von 1,7% verbuchen. In Russland sehen die Ergebnisse der Transformation ganz anders aus. Diese wurde 1992 eingeleitet und es dauerte ganze lange sieben Jahre bis man aus der Transformationskrise herauskam. Dies geschah 1999 paradoxerweise „dank“ den makroökonomischen Folgen der schockartigen Rubelkrise 1998 und einiger von der Regierung kaum beeinflussbarer Zufälle, wie beispielsweise Anstieg der Energieträgerpreise nach dem allmählichen Abebben der asiatischen Finanz- und Wirtschaftskrise in der zweiten Hälfte der neunziger Jahre. Aus den dargestellten Unterschieden zwischen Länge und Tiefe der mit dem Wachstumsindikator gemessenen Transformationskrise in Polen und Russland ergibt sich die Frage nach ihren Gründen.

Es taucht hier ein grundsätzliches Problem auf - einerseits der marktwirtschaftlichen Systemtransformation und andererseits der durch die Geschichte und Kultur des jeweiligen Landes bedingten traditionellen Denk- und Verhaltensstrukturen andererseits. Dabei stellt sich die Frage

der Kompatibilität. Passt das neue Instrumentarium, also die institutionellen Arrangements der Transformation, zu den traditionellen Denk- und Verhaltensstrukturen oder nicht?¹

Ausgehend von dieser Fragestellung ist für Russland die Trennung von Westeuropa von besonderer Relevanz. Die Trennung begann als man am Ende des 10. Jahrhunderts das Christentum aus Byzanz einschließlich der kyrillischen Buchstaben übernahm. Das war und bleibt bis in die Gegenwart ein fundamentaler Trennungsfaktor. Russland stand auch mehrere Jahrhunderte unter tatarisch-mongolischer Herrschaft. Das Fürstentum Moskau war im Mittelalter ein Tribut- und Vasallenstaat der Goldenen Horde. Der die Staatsstruktur und Mentalität prägende Einfluss der asiatischen Reitervölker erwies sich als ein wesentlicher Trennungsfaktor. Von Bedeutung ist in dieser Hinsicht, dass die europäischen Geistesströmungen der Scholastik, Renaissance und Reformation erst spät und in abgeschwächter Form nach Russland durchdrangen, u. a. weil sie von der orthodoxen christlichen Kirche bekämpft wurden. Die westeuropäische Aufklärung erreichte in der zweiten Hälfte des 18. und im 19. Jahrhundert nur ganz dünne intellektuelle Eliten - und das oft nur oberflächlich.

Zur Fragestellung des Beitrags, d. h. dem Einfluss der Geschichte und Kultur auf die Wirtschaft und ihre Transformation, habe ich im Verlauf der letzten Dekade einiges veröffentlicht, allerdings anhand des polnischen Beispiels. Im Falle Polens wählte ich einen Ansatz der den Einfluss von Geschichte und Kultur auf die Ausgangsbedingungen der Transformation, die Transformationsstrategie und schließlich auf ihre Ergebnisse untersucht. In diesem analytischen Rahmen gibt es eine einfache Aufteilung: Ausgangsbedingungen, Transformationsstrategie und Transformationsergebnisse.² Aus den oben genannten Besonderheiten Russlands ergibt sich die Notwendigkeit eines anderen Herangehens an die Untersuchung der aufgegriffenen Fragestellung als im Falle von mitteleuropäischen Ländern, die im Großen und Ganzen immer viel „europäischer“ als die osteuropäische Großmacht waren und weiter sind. Dies hängt wiederum mit der Annahme zusammen, dass die Implementierung einer marktwirtschaftlichen Ordnung des westeuropäischen Zuschnitts in Russland aus geschichtlichen und kulturellen Gründen auf viel größere Hindernisse als in Mitteleuropa stößt und voraussichtlich weiter stoßen wird.

Nikolas Luhmann, ein deutscher Soziologe, stellte in seinem Buch über die Wirtschaft der Gesellschaft die These auf, dass eine Marktwirtschaft aus dem gesamtgesellschaftlichen System heraus entstehen muss.³ Eine wirkliche Marktwirtschaft ist also ein Subsystem des gesellschaftlichen Gesamtsystems, das autonom und selbstregulierend sei. In Begrifflichkeit der Ordnungstheorie ist Wirtschaft also eine Teilordnung, eine autonome Teilordnung der Gesamtordnung der Gesellschaft.

¹ Goldschmidt N., Zweynert J. (2006), Kulturelle Faktoren in wirtschaftlichen Transformationsprozessen, in: N. Goldschmidt / J. Zweynert, Die Interaktion der ökonomischen Kulturen und Institutionen im erweiterten Europa, LIT Verlag, Hamburg S.18-20.

² P. Pysz, (2006): Geschichte und Kultur in der polnischen Systemtransformation – Die Mischordnung und ihr Einfluss auf die Transformationspolitik, in: N. Goldschmidt / J. Zweynert, Die Interaktion der ökonomischen Kulturen und Institutionen im erweiterten Europa, LIT Verlag, Hamburg S. 97-122. P. Pysz, (2003): Stabilisierungspolitik seit 1990 – was ist „polnisch“ daran?, in: H-H. Höhmann / H. Pleines, Wirtschaftspolitik in Osteuropa zwischen ökonomischer Kultur, Institutionenbildung und Akteursverhalten – Russland, Polen und Tschechische Republik im Vergleich, Edition Temmen, Bremen S. 122-146.

³ N. Luhman, (1989): Die Wirtschaft der Gesellschaft, 2. Aufl., Frankfurt/M.

Auf diese von Luhman aufgegriffene Problematik möchte ich jetzt näher eingehen. Wenn die Marktwirtschaft eine im Verständnis der Ordnungstheorie wirkliche Marktwirtschaft, also eine autonome Teilordnung oder ein autonomes Subsystem ist, muss sie eine Grenze gegenüber anderen Teilordnungen haben, insbesondere gegenüber der Politik. Diese Grenze kann das Privateigentum an Produktionsmitteln bilden. Sie braucht auch eine Systemsprache – also flexible Preise und eine Systemlogik. Zur Systemlogik zähle ich die Nutzenmaximierung der Marktsubjekte unter marktwirtschaftlichen Konkurrenzbedingungen, was notwendigerweise die Existenz von Privateigentum und flexiblen Preisen voraussetzt. Es müssen also alle genannten Bedingungen erfüllt werden, damit dieses Subsystem Wirtschaft als Marktwirtschaft bezeichnet werden kann. Wenn diese nicht erfüllt werden, dann, so behauptete es Ludwig Erhard, ist das eine „gebundene Marktwirtschaft“ oder eine „unternehmerische Planwirtschaft“.⁴ Also gibt es aus ordnungspolitischer Sicht keine wirkliche Marktwirtschaft, wenn Systemgrenze, Systemsprache und Systemlogik nicht vorhanden oder stark durchlöchert sind. Das ist der gewählte Ansatz für die Untersuchung des Einflusses der Geschichte und Kultur Russlands und anderer osteuropäischer Länder auf die marktwirtschaftliche Transformation.

2. Der orthodoxe Glaube und die Kraft der traditionellen Denk- und Verhaltensstrukturen

Zunächst wende ich mich dem orthodoxen Glauben und der Kraft des traditionellen Denkens zu. Die Übernahme des Christentums Ende des 10. Jahrhunderts nicht aus Rom, sondern aus dem östlichen Byzanz war eine schicksalhafte Entscheidung. In seinem Buch über das ökonomische Denken in Russland weist Joachim Zweynert darauf hin, dass die Rezeption des Christentums in der Kiewer Rus sich vor allem auf die Rituale und Zeremonien der Orthodoxie beschränkte. Es ist ein krasser Kontrast zum Protestantismus. Während der Protestantismus sich stark durch eine intellektuelle Verinnerlichung des Glaubens auszeichnet, steht in der Orthodoxie hingegen das Ritual im Vordergrund. Zweynert schreibt, dass das russische Volk zu Zeiten der byzantinischen Hochkultur um das Jahr 1000 ein noch sehr unzivilisiertes Volk war, das sich vor allem auf die äußeren Formen des christlichen Glaubens konzentrierte. Die prägenden Eigenschaften des orthodoxen christlichen Denkens können nach diesem Autor in drei Schlüsselbegriffen zusammengefasst werden: Holismus oder Integralismus – also es wird versucht, alles im Zusammenhang zu betrachten, den Glauben und das menschliche Denken, den Staat und die Kirche, das menschliche Individuum und die Gesellschaft; Anthropozentrismus – also die Konzentration auf den Menschen als Schöpfung von Gott und ein Wesen, das sich von der Natur abhebt; und schließlich mystischer Realismus – das ist die Anerkennung der Realität als gottgewollt, so wie zum Beispiel die Zarenmacht, die genau so verstanden worden ist. Die Realität wird also nicht als Produkt der menschlichen interagierenden Handlungen und zahlreicher Zufälle angesehen, sondern als Vorgabe von Gott.⁵

Aus den oben genannten prägenden Eigenschaften des orthodoxen christlichen Denkens ergibt sich das bekannte russische Einheitssyndrom. Individuum und Staat bilden eine untrennba-

⁴ H. F. Wünsche (2005): Freiheitliche Ordnungspolitik statt Kapitalismuskritik. Die notwendige Politikwende aus der Sicht von Ludwig Erhard, in: Orientierungen zur Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik, Heft 104, S. 9.

⁵ J. Zweynert, (2002): Eine Geschichte des ökonomischen Denkens in Rußland 1805-1905, Metropolis Verlag, Marburg, S. 31-41.

re Einheit. Man kann auch sagen, Gemeinschaft und Individuum, Kirche und Staat gehören sehr eng zusammen. Der russische Imperator war übrigens auch das Oberhaupt der Kirche. Oft ersetzte dabei der Glaube das Denken und das Normative das Positive. Was daraus folgt, ist u. a. der orthodoxe christliche Messianismus, der eine feste Konstante des russischen religiösen und politischen Denkens bildet. Dieser entwickelte sich nach dem Fall von Byzanz (Konstantinopel) im Jahre 1453. Die Türken hatten die Hauptstadt des oströmischen Kaiserreichs eingenommen, und die russischen orthodoxen Priester und Denker fingen danach an zu behaupten, Moskau sei jetzt das dritte Rom. Das erste Rom war untergegangen, das zweite - Byzanz - auch, das dritte Rom ist nun Moskau. Den Grund für den Untergang Roms und von Byzanz sah man darin, dass sie zu stark vom ursprünglichen christlichen Glauben abgewichen seien.

Der überwältigende und langfristige Einfluss des orthodoxen christlichen Denkens äußert sich auch darin, dass die Kommunisten die Idee des Messianismus übernahmen. Nach dem Sieg der Oktoberrevolution in Sankt Petersburg verkündeten die Revolutionäre: Wir sind jetzt das Zentrum der Weltrevolution und Russland wird die Weltrevolution verbreiten. Auf der ersten Seite der Parteizeitung „Prawda“ ganz oben stand die berühmte Parole des „Kommunistischen Manifest“ von Karl Marx und Friedrich Engels: „Proletarier aller Länder, vereinigt Euch!“ Die Vereinigung des Weltproletariats sollte aus dem Zentrum der Revolution eingeleitet werden. Als im August des Jahres 1920 die Rote Armee schon vor Warschau stand, war ihr eigentliches Ziel nicht die Eroberung der polnischen Hauptstadt, denn aus der imperialen russischen Sicht war das nur eine westliche Provinzstadt des Zarenimperiums, ihr wahres Ziel war Berlin. Man wollte sich mit dem deutschen Proletariat vereinigen und eine Räterepublik in Deutschland errichten. Die polnische Armee unter Marschall Pilsudski und das „Wunder an der Weichsel“ verhinderten zunächst diese weltrevolutionären Pläne. Das ursprüngliche Konzept der russischen Kommunisten war aber und blieb noch lange die Weltrevolution. Nach dem Tode Lenins im Jahr 1924 hatte Josef Stalin, der im Umgang mit seinen Genossen nicht besonders zimperlich war und im engsten Kreis seiner Mitarbeiter als „Dschingis Khan mit Telefon“ bezeichnet wurde, ernste Schwierigkeiten, die Partei von der Idee der Weltrevolution abzubringen und die von ihm propagierte These vom Sozialismus in einem Land umzusetzen.

3. Adaptation der westlichen Denkströme

Ich beginne hier mit Peter dem Großen, dem auf die Nachahmung der westeuropäischen Ländern ausgerichteten radikalen Reformator, über den der russische Philosoph Berdjajev im Jahre 1934, als er in London lebte und arbeitete, schrieb: Peter hat bei der Umsetzung der Reformkonzepte bolschewistische Methoden angewendet, also seine Ziele von „oben nach unten“ durchgesetzt, und wer nicht mitmachte, bezahlte das mit dem Leben. Das Abrasieren der Bärte, das Tragen europäischer Kleidung für den Adel und das Bürgertum wurde unter brutaler Gewaltanwendung auf Befehl des Zaren durchgesetzt. Auch die orthodoxe christliche Kirche wurde vom Imperator zwangsweise in den Staatsapparat integriert. Gegenüber dieser rabiatischen Reformpolitik des Zaren war die Schocktherapie in der polnischen Transformation nach 1990 nur ein Kinderspiel.

Die nächste bedeutende Reformatorin war die deutschstämmige Zarin Katharina II. Auch sie war zwar eine sehr strenge Herrscherin, aber sie musste für ihre Reformen nicht so viel Gewalt wie ihr Vorgänger anwenden. Die Zarin zeigte sogar Interesse für die intellektuelle Basis der wirtschaftlichen Reformpolitik, also vor allem für die philosophischen und ökonomischen Lehren von Adam Smith. Sie schickte zwei russische Studenten nach Glasgow, um bei Smith zu studie-

ren. Nach dem Studium kamen sie nach Moskau zurück und wurden zügig zu Professoren befördert. Im Jahr 1765 gründete Katharina eine Freie Ökonomische Gesellschaft. Ein Jahr später hat sie der Gesellschaft anonym den Vorschlag unterbreitet, zur die Einschätzung der ökonomischen Folgen der Leibeigenschaft einen Wettbewerb auszuschreiben. Dazu gingen 160 Arbeiten ein. Viele davon wurden veröffentlicht.

Am Anfang des 19. Jahrhunderts hat der russische Finanzminister Graf A.I. Vasil'ev Staatsgelder eingesetzt, um „Den Wohlstand der Nationen“ von Adam Smith in die russische Sprache zu übersetzen. Die Übersetzung wurde sehr populär, obwohl sie, wie die Experten meinen, schlecht war. Aber trotzdem hat man sie gerne gelesen und sie machte auch großen Eindruck auf die russische adlige Gesellschaft. Smith fand Eingang in den 1833 veröffentlichten Versroman Alexander Puschkins „Evgenij Onegin“:

„Doch Adam Smith war recht sein Meister,

drum unterhielt er spät und früh

Papa mit Staatsökonomie.

Zum Beispiel wie Kredit sich wandelt,

wenn Wohlstand zunimmt, Arbeit nährt

und wie ein Land kein Gold entbehrt,

sofern es Rohprodukte handelt.

Papa nicht von klarem Verstand,

nahm Hypotheken auf sein Land.

Darin zeigt sich das Interesse der russischen Oberschicht für die klassische Politische Ökonomie unter Zarin Katharina und später. Aber das Interesse wurde ähnlich wie bei Peter dem Großen wieder „von oben nach unten“ von der Regierung verordnet.⁶

In der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts kamen aus Westeuropa die sozialistischen Ideen nach Russland. Zu dieser Zeit gab es in Russland mehrere sozialistische Denker, aber wirklich herausragend unter ihnen war vor allem Nikolaj G. Cernysevskij. Er war ein hochtalentierter Publizist, der sich in der Hegelschen Philosophie auskannte und sich zugleich ökonomischen Sachfragen zuwandte. Cernysevskij hat in seinem Denken die Hegelsche Triade: These, Antithese, Synthese benutzt, um daraus die Schlussfolgerung zu ziehen, dass man im historischen Entwicklungsprozess aus der rückständigen feudalen Gesellschaft Russland heraus den Kapitalismus überspringen kann, um unmittelbar nach dem Sieg der sozialistischen Revolution eine sozialistische Gesellschaft einzurichten. Die Idee des „großen Sprungs“ vom Feudalismus in den Sozialismus und Kommunismus entstammt also ursprünglich nicht der Gedankenwelt von Vladimir Lenin. Lenin hatte allerdings Cernysevskij wahrscheinlich genau gelesen und tief verinnerlicht,

⁶ J. Zweynert, (2002): Eine Geschichte des ökonomischen Denkens in Rußland 1805-1905, Metropolis Verlag, Marburg, S. 51-58 und 149-151.

weil der erwähnte Sprung eine der theoretischen Thesen ist, die für die Oktoberrevolution und das vorrevolutionäre sozialistische Denken in Russland von entscheidender Bedeutung waren.⁷

Mit den Überlegungen der russischen Intellektuellen über die Zukunft des Landes hängt der Kampf zwischen Slawophilen und Westlern um den Entwicklungspfad zusammen. Viele slawophile Denker vertraten die These, dass der Kapitalismus für Russland ungeeignet sei, man solle ihn gar nicht erst einführen, weil das zwangsweise in einer Katastrophe enden würde. Verbreitet war die Überzeugung, dass Russland ein Agrarland bleiben müsse, vor allem um die Dorfgemeinschaft am Leben zu behalten. In der Dorfgemeinschaft stand der Boden den einzelnen Bauern zur Verfügung. Die Bauern hatten Anteile am Boden der Gemeinschaft und der wurde ständig im Rhythmus von ungefähr drei Jahren umverteilt. Wer einmal besseren Boden hatte, musste sich danach mit schlechterem Boden abfinden. Die Steuern wurden von der Dorfgemeinschaft als Ganzes gezahlt und nicht von den einzelnen Bauern. Die Gemeinschaft war auch verpflichtet, Rekruten für die zaristische Armee bereitzustellen. Sie hatte, so gesehen, eine wichtige gesellschaftliche Funktion als Organisations-, Steuer- und Umverteilungsgemeinschaft. Durch die Beibehaltung der Dorfgemeinschaft wollten die Slawophilen die russische Landbevölkerung vor einer – ihrer Meinung nach – für die höher entwickelten westeuropäischen Gesellschaften charakteristischen „Zersplitterung“ schützen.

Die Slawophilen vertraten überdies noch das Argument, dass die Dorfgemeinschaft die Bevölkerung vor der Proletarisierung schützen kann. In ihrem institutionellen Rahmen gab es keine Arbeitslosen und Mittellosen, denn jeder besaß einen Anteil am Boden, wenn auch von unterschiedlicher Größe. So wollte man eine Entwicklung verhindern, die sich in Westeuropa, in England, Frankreich und Deutschland in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts abzeichnete: die Proletarisierung der Massen, die Arbeitskämpfe, den Konflikt zwischen Arbeit und Kapital. Karl Marx jagte also schon damals mit seinem Kapitalismus kritischen Werk „Das Kapital“ auch den russischen Denkern Angst ein. Mit der Dorfgemeinschaft als eine institutionelle Basis wollten sie Russland in seiner traditionellen in das Mittelalter reichenden Ordnungsstruktur unverändert halten. Die Industrie sollte nur am Rande existieren, zum Beispiel in Form von Bahnlängen, um Getreide besser transportieren zu können.⁸

Gegen diese konservative Position kämpften die Westler, die einen westeuropäischen Entwicklungsweg einschlagen wollten. Sie propagierten Industrialisierung im kapitalistischen Stil und wollten eine funktionsfähige Marktwirtschaft des westeuropäischen Zuschnitts in Russland einführen. Der Fachliteratur kann man entnehmen, dass die Westler nur einen wirklichen liberalen Denker unter sich hatten, der übrigens ein großer Anhänger von Karl Menger und dem marginalen Denken, verstanden als Fundament der ökonomischen Theorie, war. Es war Piotr Struve, Sprössling einer Deutsch stämmigen Familie. Struve wurde bekannter Professor und Publizist. Zu den Westlern ist noch ein anderer berühmter Mann zu zählen, der allerdings eher sozialistische Positionen vertretende Michail I. Tugan-Baranowskij, der versuchte, das marginale Denken der neoklassischen Schule mit der Arbeitswertlehre von David Ricardo und Karl Marx zu verbinden. Tugan-Baranowskij betonte immer wieder, dass die Arbeitswertlehre gut für die arbeitende Klasse und das marginale Denken vorteilhaft für die ökonomische Effizienz sei. Den Gedanken einer Synthese der neoklassischen Theorie mit dem Marxismus findet man übrigens beim deut-

⁷ Ebenda, S. 236-239.

⁸ Ebenda, S. 192-214.

schen Soziologen und Nationalökonom Franz Oppenheimer und schließlich auch bei seinem Schüler Ludwig Erhard in den Prämissen der Konzeption der Sozialen Marktwirtschaft, wenn auch anders formuliert und mit anders begründeten Argumenten als bei dem russischen Denker. Die Wunschvorstellung von Oppenheimer und seinem Schüler war die Gesellschaft der „Freien und Gleichen.“⁹

Zusammenfassend kann man feststellen, dass das traditionelle russische Denken, das man gegenwärtig immer noch in Gesprächen und Diskussionen mit russischen Hochschullehrern merken kann, seit Jahrhunderten bei der Adaption des westlichen Denkens wie ein Filter wirkte. Es gab zwar im Verlauf der letzten fast dreihundert Jahren zweifelsohne eine eingeschränkte Übernahme westlicher Ideen, allerdings immer wieder durch den engmaschigen Filter der russischen orthodoxen Tradition. Vor seiner überwältigenden Wirkung konnte sich übrigens auch die Politische Ökonomie des Sozialismus nicht vollständig befreien.

4. Die Politische Ökonomie des Sozialismus im Zangengriff der russischen Tradition

Nach dem Sieg der Oktoberrevolution 1917 gab es in den zwanziger Jahren eine Diskussion über den weiteren Entwicklungsweg der sowjetischen Wirtschaft und Gesellschaft. Die These vom Sozialismus in einem Land hatte sich inzwischen unter dem Druck von Stalin als eine Art von ungeliebter politischer Notlösung durchgesetzt. Man wollte jedoch wissen, in welche Richtung die wirtschaftliche Entwicklung weitergehen soll. Die Diskussion bezog sich besonders auf den Übergang vom Kriegskommunismus der Revolutions- und Bürgerkriegsjahre zur Neuen Ökonomischen Politik und den Zukunftsaussichten dieser neuen Politik. Am Anfang des Kriegskommunismus stand die Absicht mit einer Geld losen und verstaatlichten Volkswirtschaft den großen Sprung in den Sozialismus und Kommunismus ohne Verzögerungen zu wagen. Die drastischen Misserfolge dieser Politik bewogen Lenin zu ihrer Korrektur. Der Staatsgründer der Sowjetunion verkündete, dass man zunächst einige Schritte zurück in die Geldwirtschaft gehen müsse. Nach dem Ende des Bürgerkriegs 1921 wurde somit von der Parteiführung die Neue Ökonomische Politik proklamiert und umgesetzt.

Daraus folgte die Grundsatzfrage der ökonomischen Diskussion, ob die Neue Ökonomische Politik der „Königsweg“ zum Aufbau einer sozialistischen Wirtschaft und Gesellschaft sei, oder ob das nur ein Paket von taktisch bedingten temporären wirtschaftspolitischen Maßnahmen sei, die der Parteiführung von drastischen wirtschaftlichen Instabilitäten und dem verheerenden Rückgang des Bruttoinlandsprodukts vorübergehend aufgezwungen worden sind. So gesehen wäre also die Neue Ökonomische Politik dann rückgängig zu machen, nachdem es gelungen wäre, die wirtschaftliche Lage des Landes zu stabilisieren. Diese Fragestellung wurde in den Fachkreisen und an der Spitze der Partei intensiv diskutiert. Besonders bekannt ist der Meinungsaustausch zwischen zwei prominenten sozialistischen Nationalökonomern und Politikern Nikolai Bucharin und Jewgeni Preobraschenski.

Bucharin vertrat die These, dass die Wirtschaftspolitik den Bauern zusichern muss, ihre Produkte in den Städten zu anständigen Preisen verkaufen zu können. Demzufolge würde seitens der bäuerlichen Bevölkerung allmählich große Nachfrage entstehen. Die würde wiederum den

⁹ L. Erhard, Wohlstand für Alle (2000): Jubiläums Ausgabe 2000, ECON VERLAG, München und L. Erhard (1988): Franz Oppenheimer, dem Lehrer und Freund, in: Erhard L., Gedanken aus fünf Jahrzehnten – Reden und Schriften, ECON VERLAG, Düsseldorf-Wien-New York, S. 858-864.

Anstieg der Herstellung von Industrieprodukten nach sich ziehen, die für die Landwirtschaft nützlich seien. Auf diesem Wege sollte es zur Entwicklung der Industrie in den Städten kommen. Bucharin ging in seinen Überlegungen von der Tatsache aus, dass nach dem Sieg der Oktoberrevolution die Landbevölkerung ungefähr 80% der Bevölkerung Russlands ausmachte. Übrigens schrieb noch im 18. Jahrhundert ein französischer Denker: „*Russland ist ein großes Land mit nur einer Stadt*“. Damals gab es noch kein Sankt Petersburg, diese Stadt konnte also nur Moskau sein. Die sog. genetische Entwicklungskonzeption von Bucharin knüpft sowohl an die tatsächliche Situation der russischen Agrarwirtschaft in den zwanziger Jahren des 20. Jahrhunderts als auch an die vorhandene rückständige Struktur der volkswirtschaftlichen Produktion und Beschäftigung an.

Eine gegensätzliche, sog. teleologische Position, vertrat Preobraschenski, der als Vorbild sich die deutsche Industrialisierung im Ruhrgebiet nahm. Ralf Dahrendorf hat seinerzeit diese Industrialisierung prägnant dargestellt: „*Sie geschah schnell, war erfolgreich und stand unter staatlicher Aufsicht.*“ Im Prinzip etwas Ähnliches wollte Preobraschenski. Er musste sich dabei aber der Frage stellen: Woher soll die Kapitalakkumulation kommen? Die bürgerliche Klasse wurde ja während der Oktoberrevolution ausgerottet, genauso wie der Adel und die Aristokratie oder bestenfalls in die Emigration gezwungen. Woher sollten also die Ersparnisse kommen, die man in Investitionen gemäß der Keyneschen Gleichung $S = I$ transformieren muss? Preobraschenski meinte dazu: Die Engländer und Franzosen haben ihre Kolonien und die Deutschen nach dem gewonnenen preußisch-französischen Krieg 1870-1871 die Franzosen ausgebeutet. Weil wir in der Sowjetunion keine Kolonien haben, bleibt also realistisch gesehen nur die Handlungsoption, uns selbst auszubeuten. Preobraschenski formulierte die These von der ursprünglichen sozialistischen Kapitalakkumulation. Mit der Preisschere wollte der sozialistische Denker der russischen Landbevölkerung die Ersparnisbildung durch einen nicht äquivalenten Tausch aufzwingen. Der Staat sollte als Monopson die landwirtschaftlichen Produkte für sehr niedrige Preise aufkaufen. Für die Industrieprodukte sollten die Bauern dagegen hohe Preise bezahlen müssen. Die institutionelle Fundierung der Umsetzung dieser Konzeption bildeten einige Jahre später die zwangsweise durch die kommunistische Staatsführung unter Stalin verordneten Kolchosen und Sowchosen: Die Bauern verloren endgültig ihre Selbständigkeit und der Kolchosvorsitzende musste die Entscheidungen der übergeordneten Behörde umsetzen. Zum Preobraschenski-Plan gehörte auch die Absicht mit der Preisschere die materielle Lage der Landbevölkerung so zu verschlechtern, dass viele Dorfbewohner notgedrungen in die Städte gehen mussten, um dort als billige und willige Arbeitskräfte in der sich entwickelnden sozialistischen Industrie nach Arbeit und Einkommen zu suchen.¹⁰

Es war ein mehr als rabiater, von kriegskommunistischer Mentalität stark geprägter Plan für die nachzuholende Industrialisierung Russlands. Der Preobraschenski-Plan wurde von Stalin zunächst als abenteuerlich und kindisch kritisiert. Das galt aber nur bis in die zweite Hälfte der 20er Jahre. Später hat der sowjetische Staatschef sich den Preobraschenski-Plan als das konzeptionelle Fundament für die ersten Fünfjahrespläne der Sowjetunion zu eigen gemacht. Bucharin wurde einige Jahre später verhaftet und 1938 erschossen. Preobraschenski erlitt das gleiche Schicksal bereits ein Jahr früher. Das war dann auch für lange Zeit das Ende der theoretischen Diskussionen unter den sowjetischen Nationalökonomien. Die ökonomischen Fachdiskussionen

¹⁰ W. Brus, (1971): Funktionsprobleme der sozialistischen Wirtschaft, Suhrkamp Verlag, Frankfurt/M, S. 80-96.

erwiesen sich nicht nur für die beiden ihrer wichtigsten Protagonisten, sondern auch für andere Diskussionsteilnehmer, z. B. den 1938 zum Tode verurteilten berühmten Schüler von Tugan-Baranowski Nikolai Kondratiev, als lebensgefährlich.

Das erste Lehrbuch der Politischen Ökonomie des Sozialismus, vorbereitet unter Federführung der Sowjetischen Akademie der Wissenschaften, wurde mehr als zwanzig Jahre lang geschrieben und erst im Jahre 1953 veröffentlicht. Stalin hatte der letzten Fassung des Lehrbuchs im Jahr 1952 schließlich zugestimmt und seinen damals maßgebenden Standpunkt in der Broschüre „Ökonomische Probleme des Sozialismus in der UdSSR“ erläutert. Er formulierte unmissverständlich die politisch verbindlichen Richtlinien für die künftige Entwicklung der ökonomischen Wissenschaft. Das Problem der Güterknappheit und ihrer Milderung blieb dabei unerwähnt. Die Politische Ökonomie des Sozialismus wurde auf die Erfüllung von ideologischen Aufgaben festgelegt. Stalin schrieb u. a., dass die Wirtschaftspolitik und die Gestaltung der Proportionen der volkswirtschaftlichen Produktion und der Investitionen keine Aufgabe der Wissenschaft sei. Deshalb brauche sie von den Wissenschaftlern nicht untersucht zu werden. Damit befasse sich schon die höchste Parteiführung. Die Politische Ökonomie solle vor allem die Vorteile des sozialistischen Systems gegenüber dem Kapitalismus hervorheben.¹¹ Sie wurde daher ideologisch festgelegt, verschwieg die Güterknappheit und vertrat den fast religiösen Glauben, dass die neue, höhere ökonomische Gesellschaftsformation, der Sozialismus, eine ex definitione höhere Rationalität des Wirtschaftens als der Kapitalismus mit sich bringt.

Nach dem Tode Stalins im Jahr 1953 war es in der Sowjetunion weiter nicht erlaubt über politische Werte sowie die Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung des Landes nachzudenken und zu forschen. Diese Themenbereiche blieben Tabus, die der politischen Führung vorbehalten waren. Zugegebenermaßen hing das auch im gewissen Maße mit der im Verlauf von Jahrhunderten sich herausbildenden traditionellen hierarchischen zentralistischen Staatsstruktur in Russland zusammen. Die russischen Zaren, Stalin und seine Nachfolger konzentrierten drei Arten von Macht in ihren Händen – die ökonomische, politische und religiöse. In Bezug auf die kommunistischen Herrscher handelte es sich im gewissen Sinne auch um eine Art von religiöser Macht, weil der Marxismus-Leninismus als Ersatzreligion aufgefasst wurde. Wie ein russischer Sozialwissenschaftler und Redakteur von „Voprosy filosofii“ (Fragen der Philosophie) geschrieben hat, fing die traditionelle russische Staatsstruktur an, sich schon im Mittelalter im Kampf gegen die Tataren und Mongolen heraus zu bilden. Der Kampf dauerte ungefähr dreihundert Jahre. Nach der Meinung des von ihm zitierten Eurasiers P. N. Savickij prägte er die Organisationsstruktur und Aufgabenstellung des russischen Staates, d. h. er „vermittelte Rußland die Eigenschaft, sich militärisch zu organisieren, einen Gewaltstaat aufzubauen und Stabilität zu erreichen; sie (d. h. Mongolen und Tataren – Anm. Piotr Pysz) vermittelten Rußland die Eigenschaft, eine mächtige „Horde“ zu werden“.¹² Bei einer weitgehenden fast militärischen Machtkonzentration an der Staatsspitze war der Handlungsspielraum für Diskussion der ordnungspolitischen Fragen entweder sehr eng oder gar nicht vorhanden.

Die Politische Ökonomie fasste das Privateigentum recht einseitig nach der reinen marxistischen Lehre auf. Es war aus ihrer Sicht vor allem das Instrument zur Ausbeutung der Arbeiter-

¹¹ J. Stalin, (1953): *Ekonomiczne problemy socjalizmu w ZSSR*, Książka i Wiedza, Warszawa, S. 76-90.

¹² W. Kantor, (1994): *Chaos gegen Zivilisation im revolutionären und postkommunistischen Rußland*, Berichte des Bundesinstituts für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Heft 2, S. 19.

klasse: denn die Kapitalbesitzer beuteten die Menschen aus, die kein Kapital haben und ihre Arbeitskraft ihnen notgedrungen als Ware verkaufen müssen. Den Mehrwert eigneten sich dann die Ausbeuter, also die Kapitaleigner, an. Man wollte weder die Motivationsfunktion des privaten Eigentums an Produktionsmitteln noch seine fundamentale Bedeutung für die Lösung der Aufgabe optimaler Allokation der Ressourcen in Betracht ziehen. Aus der Sicht der ordoliberalen Schule von Walter Eucken braucht man für einen wirklichen Markt u. a. unbedingt privates Eigentum an Produktionsmitteln, um in der Marktwirtschaft eine Wettbewerbsordnung zu etablieren. Erst unter Konkurrenzbedingungen können flexible Preise die Funktion des Güterknappheitsindikators erfüllen und so die Voraussetzungen für die volkswirtschaftlich optimale Allokation schaffen.¹³

Jetzt noch einige Worte zum „Illusionssyndrom“ der Politischen Ökonomie des Sozialismus: Es bestand grundsätzlich aus der Verwechslung von normativen und positiven Aussagen. Man stellte oft das, was man als Sollzustand erreichen wollte, als Ist-Zustand dar. Als Beispiel dafür kann das berüchtigte „Gesetz“ der planmäßigen und proportionalen Entwicklung der sozialistischen Volkswirtschaft dienen. Eine solche Entwicklung war zwar verständlicherweise ein Wunschtraum der sozialistischen Ökonomen und Politiker, hatte aber mit der Wirklichkeit kaum etwas zu tun. Mit der Verwechslung von Soll und Ist gingen das Steuerungssyndrom, die Mathematikillusion und die Illusion des mechanistischen Ingenieurdenkens in der Volkswirtschaft einher. Die Politische Ökonomie des Sozialismus agierte in einer Welt der Illusionen, fast wie die mittelalterlichen Alchimisten. Diese kamen sogar noch unter Gorbatschows Perestroika in einem Lehrbuch aus dem Jahre 1988 zum Vorschein. Das Lehrbuch enthielt solche, anscheinend damals noch als unverrückbar geltenden Topos der Vergangenheit, wie die führende Rolle der KPdSU in der Wirtschaft und Gesellschaft, der Primat der Politik über die Ökonomie, das Organisationsprinzip des demokratischen Zentralismus, das kollektive Eigentum an Produktionsmitteln und die planmäßige Regulierung der Volkswirtschaft. Das herkömmliche sozialistische Denken war Ende der achtziger Jahre des 20. Jahrhunderts immer noch sehr stark in den Köpfen verwurzelt, und das obwohl zu den Herausgebern und Autoren des Lehrbuchs prominente Reformökonomien und Mitglieder der Sowjetischen Akademie der Wissenschaft wie Leonid Abalkin und Abel Ababengjan gehörten.¹⁴

5. Einfluss der traditionellen Denk- und Verhaltensstrukturen auf die Transformation

Am Anfang der neunziger Jahre gab es eine inzwischen schon vergessene Diskussion in der Hamburger „Die Zeit“ zwischen Jeffrey Sachs und Helmut Schmidt. Sachs war damals ein junger, aber schon weltberühmter Nationalökonom. Er vertrat die These von der Zweckmäßigkeit eines radikalen Sprungs „ins kalte Wasser“ der Marktwirtschaft. Helmut Schmidt, der älter und viel erfahrener als Sachs war, teilte diese Meinung nicht. Er sagte, für Mitteleuropa gibt es vielleicht mit einigen Abstrichen einen solchen beschleunigten Weg, aber für Russland sieht er die Transformation als eine langfristige Aufgabe für zwei bis drei Generationen. Für die Etablierung einer wirklichen Marktwirtschaft in Russland brauche man ungefähr 50 bis 70 Jahre. Schmidt sah also das Problem in seiner ganzen Komplexität, nämlich dass sich die Denk- und die Verhaltens-

¹³ W. Eucken, (2004) Grundsätze der Wirtschaftspolitik, 7. Auflage, Mohr Siebeck, Tübingen, S. 254-291.

¹⁴ R. Peterhoff, (1994): Rußland auf der Suche nach einer neuen Wirtschaftsordnung, in: Herrmann-Pilath C. / Schlecht O. / Wünsche H. F., Marktwirtschaft als Aufgabe – Wirtschaft und Gesellschaft im Übergang vom Plan zum Markt, Gustav Fischer Verlag, Stuttgart-Jena-New York, S. 130.

weisen grundsätzlich ändern müssen, damit die Transformation wirklich greifen kann. Sachs argumentierte dabei in Anlehnung an die Vorgaben des „Washingtoner Consensus“ im gewissen Sinne „rein ökonomisch“ mit Hervorhebung solcher eher kurzfristig angelegter Aufgaben wie Privatisierung, Preisliberalisierung und makroökonomische Stabilisierung der Volkswirtschaft. Der ganze Rest sollte dann von der „unsichtbaren Hand“ des Marktes erledigt werden.

Die russische Transformationspolitik konzentrierte sich – eigentlich bis in die Gegenwart – auf die volkswirtschaftlichen Abläufe. Das Inflationspotential war in der ersten Hälfte der neunziger Jahre immens. Zugleich erwies sich aber die makroökonomische Stabilisierungspolitik als inkonsequent und schwach, weil Präsident Boris Jelzin den Einsatz nur eines Stabilisierungsankers, nämlich des Ausgleichs des bis 1991 tief defizitären Staatshaushalts, erlaubte. Es fehlte mehr als spürbar eine wirksame Einkommensbremse und die Verknappung der Geldversorgung der Volkswirtschaft vor allem durch positive Realzinsen sowohl bei den Depositen als auch Krediten. Alle diese Instrumente der Stabilisierungspolitik wurden bei der Umsetzung des Balcerowicz-Programms in der polnischen Transformation mit Erfolg um einen noch zusätzlichen Stabilisierungsanker des festen Wechselkurses des Zloty zum US-Dollar ergänzt. Die Anfang 1992 in Russland erfolgte Freigabe der Preise führte unter dieser „schmalspurigen“ Stabilisierungspolitik dazu, dass die Konsumgüterpreise im ersten Jahr um ca. 3500% stiegen. Es war ein Inflationschock von dem sich die russische Volkswirtschaft lange Zeit nicht erholen konnte. Die Transformationskrise dauerte dort ganze lange 7 Jahre.

Das Denken in Ordnungen blieb in der Zeit der drastischen makroökonomischen Instabilitäten weitgehend außer Acht. Der Erste, der versuchte in den neunziger Jahren den Begriff der Wirtschaftsordnung in die russische Literatur einzuführen, war Wladimir Gutnik.¹⁵ Der unbekannte Begriff hat aber kaum Beachtung gefunden und noch weniger das von Eucken geforderte „Denken in Ordnungen“. Der Hauptgrund dafür scheint zu sein, dass eine solche Art des wirtschaftspolitischen Denkens und der Politik eine grundsätzliche Umformulierung der Rolle des Staates in der Wirtschaft und Gesellschaft erfordern würde. Ein sich auf die Ordnungsaufgabe „selbst einschränkender“ Staat stünde im krassen Gegensatz zur russischen politischen Tradition sowie den Denk- und Verhaltensweisen der Politiker. Diese Art des komplexen und konsistenten wirtschaftspolitischen Denkens und Handelns stößt in Russland auch auf zahlreiche andere Schwierigkeiten, und das obwohl die Russen die Deutschen in dieser Hinsicht bewundern. Eine der schwer wiegenden Folgen der Nichtbeachtung der Ordnungsidee ist, dass es bis in die Gegenwart den russischen intellektuellen und politischen Eliten nicht gelungen ist, das ordnungspolitische Zielmodell der Transformation zumindest in Annäherung zu definieren.

Wenn es um den informellen, institutionellen Boden für die Transformation geht, also um die informellen Normen und Verhaltensregeln der Menschen, dann ist der russische Boden für diese Aufgabe im Allgemeinen nicht besonders gut geeignet. Ich möchte in diesem Kontext eine Wissenschaftlerin der Russischen Akademie der Wissenschaften zitieren: „*Wir leben noch nicht in einer postsowjetischen Gesellschaft, sondern in einer Post-Gulag-Gesellschaft.*“ Das ist schon alleine für sich eine sehr harte Aussage. Aber die Verfasserin schreibt weiter etwas, was für die Problematik des informellen institutionellen Fundaments der Transformation als noch interessanter erscheint: „*Wir Russen warten immer auf ein Wunder. ..Wir sitzen am Flussufer und warten,*

¹⁵ V. Gutnik, (1992): Nusna li Rosii politika chozjajstvennogo porjadka?, in: Djelovoj mir, 23 September, S, 4.

*dass ein goldenes Fischlein angeschwommen kommt. Wir lieben es, wenn man uns goldene Berge und Flüsse voller Wein verspricht.*¹⁶ Mir wurde in an der Universität Novosibirsk das Märchen von „Wania Duratschok“ erzählt. Wanja ist einfach ein Dorftrottel. Er ist ein Faulpelz und lebt bei den Großeltern, schläft auf dem Küchenofen, weil es dort warm und bequem ist, und hat sich bisher nie mit einer Arbeit befleckt. Aber ab und zu ging er auf die Dorfstraße und eines Tages traf er dort eine junge, unverheiratete Fürstin mit ihrem Tross, die auf der Durchreise war. Sie verliebte sich auf den ersten Blick in Wania Duratschok und nahm ihn mit auf ihr Schloss. Dort wurden sie nicht nur ein Liebes- sondern auch ein Ehepaar und Wanja Duratschok ist nach dem Tode ihres Vaters ein steinreicher und mächtiger König geworden. Es ist ein typisches Märchen mit dem russischen Wunder. Viel weniger verbreitet ist dagegen in der Bevölkerung der für die vernünftige Funktionsweise der Marktwirtschaft so notwendige Glaube, dass man durch eigene Arbeit und Leistung etwas Wesentliches im Leben erreichen kann.

Wie es um den institutionellen, informellen Boden in Russland bestellt ist, veranschaulichte mir auch einer der führenden Wirtschaftswissenschaftler der ökonomischen Fakultät der Universität Novosibirsk. Während der Realisierung eines EU-Projekts kam ich in den neunziger Jahren mit einer Gruppe von Engländern, Franzosen, Deutschen und russischen Nationalökonominnen im sibirischen Akademgorodok auf dem Weg vom Hörsaal zum Hotel an eine rote Ampel. Die Westler blieben stehen und warteten, bis es grün wird. Der Russe lachte herzlich darüber und sagte: *„Ihr Europäer seid ja alle doof. Hier fährt jetzt doch kein Auto, da kann man auch bei Rot über die Straße laufen.“* Die Rechtsmoral und die Bereitschaft, gesetzliche Regeln einzuhalten, sind sowohl in der intellektuellen Elite als auch in den breiteren Bevölkerungsschichten eher unterentwickelt. In der Gesellschaft scheint eine typische Arbeitnehmereinstellung zu herrschen: Man versucht in jeder Situation, das materiell Günstigste für sich herauszuholen, und wälzt gerne die Verantwortung unter anderem für die Einhaltung der gesellschaftlichen Verhaltensregeln auf andere Schulter ab.

Der Anthropologe und Philosoph Max Scheler unterschied zwischen der „Freiheit für“ und „Freiheit von“, was auch der bekennende Scheler-Fan Erhard in seine Argumentation aufgenommen hat. Die Russen mögen aus verständlichen Gründen die „Freiheit von“. Doch diese „Freiheit“ verwandelt sich oft und schnell in die berüchtigte russische „volja“. Das bedeutet, wenn ich frei bin, mache ich, was ich will und muss auf nichts und niemanden Rücksicht nehmen. Eine so interpretierte Freiheit bedeutet selbstverständlich Nichtbeachtung von jeglichen Beschränkungen, einschließlich der ethischen, des individuellen Handlungsspielraums. Seltener kommt dagegen die „Freiheit für“ vor, wie Scheler sie beschrieb und Erhard propagierte. Die „Freiheit für“, also anders formuliert, die Nutzung der Wahlfreiheit für vernünftige Zwecke, d. h. das Wohl der eigenen Familie, das Wohl der sozialen Gruppe in der man lebt und die ganze Gesellschaft. Darin besteht ein großes Problem der Nichtübereinstimmung des informellen Bodens der marktwirtschaftlichen Transformationspolitik in Russland und anderen osteuropäischen Ländern mit ihrem im Prinzip auf der Idee der wirtschaftlichen Freiheit fußenden wirtschaftspolitischen Instrumentarium.

6. Schlussfolgerungen

¹⁶ T. Mazonaschwili, (1994): Unsere Paradoxie: Die Rezeption allgemeinemenschlicher Werte in Rußland, Berichte des Bundesinstituts für ostwissenschaftlich und internationale Studien, Heft 48, S. 9-10.

Am Ende des Beitrags kehre ich zur Einleitung zurück. Es ist bisher in Russland offensichtlich nicht gelungen, eine klare Abgrenzung zwischen Privateigentum, Wirtschaft und dem Staat zu erreichen. Es gibt weiter immer noch eine Vermengung der Staatsmacht mit dem privaten Eigentum.¹⁷ Das bedeutet konkret, dass man das private Eigentum an Produktionsmitteln auf längere Sicht nur unter der Bedingung erhalten und fortentwickeln kann, wenn man sich mit der Staatsmacht gut stellt. Michail Chodorkowski ist ein weltbekanntes Paradebeispiel dafür. Der reichste Mann Russlands verschwand seinerzeit innerhalb weniger Tage von der öffentlichen Bildfläche im sibirischen Gefängnis. Das kann jedem anderen auch passieren. Deshalb halten sich die russischen Oligarchen lieber in London oder anderen westeuropäischen Städten als in Moskau auf, weil sie sich dort der Macht des russischen Staates einigermaßen entziehen können. Vor einigen Jahren las ich ein „Spiegel“-Interview mit Chodorkowski. Damals war er ein mächtiger und steinreicher Oligarch. Er sagte, er schließe es nicht aus, sich bei der nächsten Präsidentenwahl um das Amt des Staatspräsidenten zu bewerben. Das war für ihn allerdings ein selbst gewolltes ziviles Todesurteil. Denn ohne das Einverständnis des Präsidenten, das war damals Wladimir Putin, war es nicht erlaubt und auch nicht möglich, dieses Amt anzustreben. Der Herrscher bestimmt seinen Nachfolger und nicht Leute, die selbst Herrscher werden wollen. Wegen seines großen Reichtums hatte Chodorkowski wahrscheinlich den Bezug zur machtpolitischen Realität verloren, wollte in die Welt der Alchimisten der Macht eindringen. Im Jahr 2003 wurde er von der Staatsmacht schnell auf den Boden der Realität zurückgeholt.

Wirtschaft ist in Russland also bis in die Gegenwart kein selbständiges Subsystem, denn sie ist sehr eng mit der Politik verbunden. Die Politik hat auf sie immensen Einfluss. Einige russische Autoren heben hervor, dass nicht nur die Politik, sondern auch das Verbrechertum die russische Wirtschaft maßgebend beeinflusst. Viele Betriebe werden doppelt besteuert. Man muss zugleich Steuern an den Staat und Schutzgelder an die Verbrecherbande zahlen. Die Wirtschaft wird von diesen beiden Machtorganen doppelt kontrolliert und freie Preise haben es in ihr sehr schwer, die Funktion eines flexiblen Güterknappheitsindikator zu übernehmen, weil die Angebotsseite der Volkswirtschaft vorwiegend oligopolistisch oder sogar monopolistisch strukturiert ist. Daraus ergeben sich alle in der Literatur thematisierten störenden Einflüsse auf die Preisbestimmung, die von der geballten Wirtschaftsmacht auf der volkswirtschaftlichen Angebotsseite ausgehen. Nach den deutschen ordoliberalen Denkern Eucken und Erhard ist das keine wirkliche Marktwirtschaft. Nicht der Konkurrenzmarkt bestimmt durch das Spiel des Angebots und der Nachfrage den Preis zum Wohle des Konsumenten, sondern die Macht der Großunternehmen.

In Russland stößt seit mehreren Jahren das chinesische Wirtschaftsmodell auf großes Interesse, weil es für die Regierenden interessant ist zu verfolgen, wie gleichzeitig die autoritären Machtverhältnisse in der Politik erhalten bleiben und die Marktwirtschaft trotzdem erfolgreich funktioniert. Russische Politiker und Ökonomen interessierten sich auch für lateinamerikanische Modelle, vor allem das des General Pinochets in Chile.¹⁸ Dieses Modell verband eine starke politisch-militärische Macht mit funktionierender Marktwirtschaft. Alle diese wirtschaftspolitischen Konzeptionen widersprechen allerdings deutlich den in Westeuropa und Deutschland vorherr-

¹⁷ V. Gutnik, (2006): Russland zwischen institutionellen Besonderheiten und „Europäisierung“, in: N. Goldschmidt / J. Zweynert, Die Interaktion der ökonomischen Kulturen und Institutionen im erweiterten Europa, LIT Verlag, Hamburg S. 175-176.

¹⁸ Ebenda, S. 171.

schenden Ordnungsvorstellungen in Bezug auf eine funktionstüchtige marktwirtschaftliche Ordnung in demokratischen Gesellschaften.

Aller Wahrscheinlichkeit nach wird die russische Volkswirtschaft nie eine wirkliche Marktwirtschaft in westeuropäischem Sinne werden, zumindest nicht vor dem Zeitraum, der von Helmut Schmidt beziffert worden ist – also in 50 bis 70 Jahren. Dafür spricht auch der Tatbestand, dass sich die Europäische Union auf mittlere und längere Frist nicht gewillt zeigt, Russland als Mitgliedsland ihr beitreten zu lassen. Was dann später in der zweiten Hälfte des 21. Jahrhunderts kommt, weiß eigentlich niemand. Aber John Maynard Keynes hat seinerzeit dazu gesagt: *„In the long run we are dead“*. Das werden wir wohl alle gezwungenermaßen akzeptieren müssen.